

Frühfranzösisch-Order des Bundesrats sorgt für Kritik

Die Kantone sollen zu Französisch auf der Primarstufe gezwungen werden. Die Ostschweiz reagiert enttäuscht.

Julian Spörri,
Jochen Tempelmann

Französisch soll nicht mehr in der Primar-, sondern erst in der Sekundarschule unterrichtet werden: Mit seinem Entscheid von Anfang September löste das Zürcher Kantonsparlament einen Sprachenstreit aus. Und in der Westschweiz heftigen Protest. Diese Woche entschied auch der Kanton St. Gallen, künftig auf das Frühfranzösisch verzichten zu wollen. Schon im März hatte Appenzell Auser rhoden eine ähnliche Motion angenommen. In weiteren Kantonen sind solche Vorstösse häufig.

Angesichts dieser Abschaffungswelle greift nun der Bundesrat ein: Er zeigt sich in einer Mitteilung von Freitagmorgen beunruhigt über die Entscheide der Deutschschweizer Kantone: «Diese Entwicklung gefährdet die harmonisierte Schulbildung und den nationalen Zusammenhalt.»

Daher will er die Kantone notfalls verpflichten, weiterhin eine zweite Landessprache auf Primarstufe zu unterrichten. An seiner Sitzung hat der Bundesrat das Innendepartement beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage mit zwei Varianten auszuarbeiten.

Zwei Varianten: Eine strikte, eine mit Spielraum

1. Die aktuell geltende Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 mit dem Ziel der Harmonisierung verabschiedet haben, soll im Sprachengesetz verankert werden. Sie sieht vor, dass zwei Fremdsprachen ab der Primarschule gelernt werden müssen: eine Landessprache sowie Englisch.

2. Auf Bundesebene soll nur eine Minimalvorgabe festgeschrieben werden: Die Schulen im



Frühfranzösisch ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt: Das findet der Bundesrat. Bild: Corinne Glanzmann

Land müssen zwingend eine zweite Landessprache ab der Primarschule und bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit unterrichten. In der Deutschschweiz wäre das Frühfranzösisch entsprechend weiterhin Standard. Die Kantone hätten bei dieser Variante aber die Möglichkeit, mit dem Englisch erst auf der Sekundarstufe zu starten.

Die zweite Variante wäre ganz im Sinne des Vorschlags des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid: Der SVP-Regierungsrat reichte einen Antrag zuhanden der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirek-

toren (EDK) ein, wonach die zweite Landessprache schweizweit ab der 5. Klasse unterrichtet und Englisch auf die Oberstufe verbannt werden soll.

Der Bundesrat betont: Eine Änderung des Sprachengesetzes erübrige sich, wenn die Kantone bei der 2004 vereinbarten Sprachenstrategie bleiben oder es ihnen gelinge, «die Strategie anzupassen, ohne die Landessprachen zu schwächen».

Marc Bourgeois stört sich daran, dass der Bund eine Freiwilligkeit vorgaukle. «Fakt ist doch: Der Bund lässt den Kantonen keine Wahl. Wenn sie nicht spüren, werden sie zum Früh-

französisch gezwungen», sagt der FDP-Bildungspolitiker aus dem Kanton Zürich. Er war massgeblich daran beteiligt, dass sich die Freisinnigen im bevölkerungsreichsten Kanton gegen das Frühfranzösisch aussprachen. Bourgeois bezeichnet das Vorgehen des Bundesrates als «übergriffigen» Eingriff in die Kompetenz der Kantone.

Die Enttäuschung bei den St. Galler Motionären

Auch aus St. Gallen ertönt Kritik. «Ich hätte mir gewünscht, dass sich der Bund vorerst einmal etwas in Zurückhaltung übt», sagt SVP-Kantonsrat San-

dro Wasserfallen, der die St. Galler Motion mitinitiiert hat. Der Bundesrat hätte eine regionsübergreifende Diskussion in der Erziehungsdirektorenkonferenz abwarten können. Diese steht Ende Oktober in Luzern an.

FDP-Kantonsrat Raphael Frei, ebenfalls Mitinitiant der Motion, betont, dass der Kantonsrat viele Wege aufgezeigt habe, wie das Französisch gestärkt werden könnte – wie den Ausbau von Austauschprogrammen. «Es geht ja nicht darum, das Französisch zu verbannen – sondern es an den Ort zu bringen, wo die Schülerinnen und Schüler den besten Lernzuwachs erzielen.» Das sei dem Landeszusammenhalt sogar noch zuträglich. Frei sagt: «Anstelle dieser Reaktion hätte der Bundesrat Vorschläge machen können, wie der Austausch noch besser gelingen könnte.»

Über die vom Bundesrat angeregte Gesetzesänderung wird am Ende das Parlament entscheiden. Die befragten Kantonsräte von Zürich und St. Gallen zeigen sich optimistisch, dass National- und Ständerat im Sinne der Deutschschweizer Kantone entscheiden werden.

In St. Gallen wurde die Motion von der Kantonsregierung mitgetragen. Bildungsdirektorin Bettina Surber (SP) sagt: «Das Machtwort des Bundesrats hat sich aufgrund der Äusserungen nach dem Entscheid in Zürich abgezeichnet.» Sie hätte es begrüsst, wenn der Bundesrat die anstehenden Diskussionen in der EDK abgewartet hätte. «Wir wollten die Diskussion als Chance sehen und haben uns bereits Gedanken über Vorschläge gemacht.» Der Kanton werde sich nun dafür einsetzen, die Diskussion in der EDK unbesehen der Ankündigung des Bundes weiterzuführen.